

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

136. Sitzung

Berlin, Freitag, den 29. Oktober 2004

Anlage 4

Zu Protokoll gegebene Rede zur Beratung:

- Entwurf eines Gesetzes zur Überarbeitung des Lebenspartnerschaftsrechts
- Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Lebenspartnerschaftsgesetzes (Lebenspartnerschaftsgesetzergänzungsgesetz – LPartGErgG)

(Tagesordnungspunkt 20)

Petra Pau (fraktionslos)

12528 D

Petra Pau (fraktionslos): Das so genannte Lebenspartnerschaftsgesetz soll novelliert werden. Vorab: Die PDS im Bundestag wird dem vorliegenden Gesetz zustimmen.

Zur Erinnerung: Nach Klagen unionsgeführter Bundesländer gab das Verfassungsgericht für die so genannte Homoehel grünes Licht; denn sie kollidiere nicht mit Art. 6 des Grundgesetzes. Heterosexuellen werde durch die Lebenspartnerschaft nichts genommen. Der Richterspruch machte deutlich: Rot-Grün hätte schon beim ursprünglichen Gesetz weiter gehen können.

Beschlossen werden soll heute die Einführung eines Verlöbnisses, sodass eine Zeugnisverweigerung für schwule oder lesbische Paare auch vor ihrer Partnerschaftseintragung schon gilt. Die Hinterbliebenenversorgung wird der gesetzlichen Rentenversicherung von Heteropaaren angeglichen; Sonderregelungen über gemeinsame Güterstände entfallen. Auch im Erbrecht werden gleichgeschlechtliche Paare gleichgestellt. Außerdem sind Regelungen zur „Stiefkindadoption“ vorgesehen.

Dass CDU und CSU gerade gegen diese Veränderung wettern, wirft ein bezeichnendes Licht auf ihre Wahrnehmung von gesellschaftlichen Realitäten. Um ihr antiquiertes Familienbild zu pflegen, blockieren sie eine Regelung, die den Kindern dient.

Auch wenn wir, die PDS im Bundestag, dem Gesetz zustimmen, bleiben wir bei unserer grundsätzlichen Kritik an der Ursprungsregelung: Sie versuchen, die Regelungen zur Ehe in vielen Bereichen möglichst gleichwertig zu übertragen. Unserer Ansicht nach muss das Familienrecht – wie auch das Steuerrecht – grundsätzlich überarbeitet werden. Es gibt immer mehr Scheidungen, Patchworkfamilien, viele unterschiedliche Lebensformen, in denen Menschen dauerhaft oder zeitweise zusammenleben und Verantwortung füreinander übernehmen – über die engen Grenzen der Kleinfamilie hinaus. Dieser Realität muss Rechnung getragen werden, diese Verhältnisse müssen abgesichert werden. Eine Ehe oder Lebenspartnerschaft für das ganze Leben abzuschließen ist für viele einfach keine Realität mehr.

Ziel der Politik sollte es sein, gleichberechtigte Beziehungen abzusichern.